



Sieben-Punkte-Plan für das
Frankfurter Bahnhofsviertel
Zwischenbilanz

Zwischenbilanz zum Sieben-Punkte-Plan der Landesregierung für das Frankfurter Bahnhofsviertel

Das Frankfurter Bahnhofsviertel ist als internationales Tor zur Stadt und zugleich als sozialer Brennpunkt ein Gradmesser für die Handlungsfähigkeit des Staates. Die Landesregierung hat deshalb im März 2025 eine konsequente politische Neuausrichtung im Bahnhofsviertel angestoßen – mit mehr Härte gegen Dealer und Kriminelle und mehr Hilfe für Süchtige. Durch gemeinsames Handeln konnten wir schon nach einem Jahr erste Erfolge bei der Bekämpfung der Kriminalität sowie Verbesserungen für die im Bahnhofsviertel lebenden und arbeitenden Menschen erzielen.

1. Intensivere Kontrollen und Koordination

Die Polizeipräsenz im Bahnhofsviertel ist auf einem Rekordhoch. Seit Vorstellung des Sieben-Punkte-Plans fanden mehr als 800 Kontrollen statt. Die Zahl der Ingewahrsamnahmen hat sich im selben Zeitraum von weniger als 400 auf rund 800 mehr als verdoppelt. Wenngleich die Kriminalität im Bahnhofsviertel immer noch zu hoch ist, zeigen sich im Kampf gegen die Straßenkriminalität wichtige Erfolge. Die Aufklärungsquote im Deliktsbereich Straßenraub ist um sechs Prozentpunkte gestiegen und liegt auf dem höchsten Wert seit mehr als 20 Jahren. Zeitgleich ist die Zahl der Taschendiebstähle von rund 800 auf weniger als 540 Fälle gesunken.

Seit kurzem kommt bei der Lagebeurteilung im Bahnhofsviertel ein neues Dashboard zum Einsatz, das Polizei und Ordnungsbehörden ein datenschutzkonformes, fortlaufend aktualisiertes Bild liefert. Dadurch können Einsätze zielgerichteter geplant und durchgeführt werden. Durch die schnellere Auswertung digitaler Datenträger und den Einsatz moderner Analysegeräte zur Wirkstoffprüfung in sichergestellten Betäubungsmitteln sind die Weichen gestellt, um juristische Verfahren zu beschleunigen.

Mit gemeinsamen Streifen von Landes- und Ordnungspolizei sowie perspektivisch einer neuen mobilen Wache will die Landesregierung das Sicherheitsempfinden der Menschen weiter verbessern.

2. Härtere Strafen

Mit der Reform des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung Ende 2024 stellt Hessen wiederholte Aufenthaltsverstöße unter Strafe. Zwischen Dezember 2024 und Dezember 2025 haben die Strafverfolgungsbehörden im Bahnhofsviertel 182 Verfahren wegen Verstößen gegen Aufenthaltsverbote eingeleitet, von denen schon 149 abgeschlossen sind. Die neue Strafnorm geht einher mit einer systematischen Optimierung von Verfahrensabläufen bei Polizei und Staatsanwaltschaften. Ziel ist es, die Zeit vom Feststellen des Verstoßes bis zum Abschluss des Verfahrens noch weiter zu verkürzen.

Mit verstärkten Strukturermittlungen von Sicherheits-, Ordnungs- und Steuerbehörden und dem Gemeinsamen Finanzermittlungszentrum entzieht Hessen der organisierten Kriminalität zunehmend die Geschäftsgrundlage. Behördenübergreifende Kooperationen ermöglichen komplexe Ermittlungen und eine konsequente Vermögensabschöpfung. Allein zwischen November 2024 und September 2025 konnten die Behörden einen sechsstelligen Bargelddbetrag sicherstellen.

Ein Bereitschaftsstaatsanwalt als erster Ansprechpartner für das Bahnhofsviertel wird die Koordination der Strafverfolgungsbehörden vor Ort weiter verbessern.

3. Mehr Videoüberwachung

Mit der Modernisierung des Polizeirechts hat Hessen als erstes Land die Grundlage für den Einsatz KI-gestützter Videoanalyse geschaffen. Im Bahnhofsviertel sind mehrere stationäre und mobile Videoschutzanlagen im Einsatz. Sie ermöglichen eine frühe Gefahrenerkennung, verbessern die Fahndung und tragen zur Befriedung von Brennpunkten bei. 2024 konnte die Polizei im Bahnhofsviertel knapp 700 Tatverdächtige identifizieren, 2025 waren es dank des Ausbaus der Videoschutzanlagen schon fast 800.

Über die Erfolge bei der Identitätsfeststellung von Straftätern hinaus kann die KI-gestützte Videoüberwachung in wichtigen Fällen zur Identifizierung vermisster Personen beitragen – so zum Beispiel im Oktober 2025, als ein Mädchen, das als vermisst gemeldet war, durch die KI identifiziert und von der Polizei in Obhut genommen werden konnte. In Zukunft soll künstliche Intelligenz dabei helfen, auch Waffen und gefährliche Gegenstände automatisch zu erkennen.

4. Bessere Versorgung

Die sich verschärfende Problemlage rund um den Crack-Konsum im Bahnhofsviertel war ein wesentlicher Anlass für die Erarbeitung des Sieben-Punkte-Plans. Der steigende Konsum von Crack hat in der Vergangenheit zu erheblichen gesundheitlichen, psychischen und sozialen Belastungen der Betroffenen geführt und den öffentlichen Raum stark in Anspruch genommen. Trotz notwendiger Sparmaßnahmen in Hessens Haushalt setzt die Landesregierung klare Prioritäten und hält die Fördermittel für die Suchtprävention in Höhe von einer Million Euro konstant. Die Förderung für die „Offensive Sozialarbeit Sicherheit Intervention Prävention“ (OSSIP) der Stadt Frankfurt hat das Land um 100.000 Euro erhöht.

5. Verlagerung von Beratung, Betreuung und Behandlung

Mit der Reform des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes im Dezember 2025 hat die Landesregierung die Rechtsgrundlage geschaffen, um Schwerstabhängige von der Straße zu holen und in Kliniken zu behandeln statt nur kurzzeitig vor Ort. Gleichzeitig wurde der Austausch zwischen den beteiligten Behörden bei der Hilfe, Unterbringung und Behandlung psychisch kranker Menschen verbessert.

Seit Inkrafttreten der Reform ermöglichen interdisziplinäre Fallkonferenzen und zusätzliche Möglichkeiten der Informationsweitergabe den rechtzeitigen Austausch zwischen Kliniken, sozialpsychiatrischen Diensten und Sicherheitsbehörden. Dadurch können Gefährdungslagen erkannt werden, bevor sie entstehen – ein entscheidender Fortschritt für den Schutz der Betroffenen selbst und der Gesellschaft.

6. Hilfe für Wohnsitzlose

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, durch nachhaltige Projekte einerseits Wohnungslosigkeit präventiv zu bekämpfen und andererseits Menschen von der Straße in ein stabiles Umfeld zurückzuführen. Das vom Land geförderte Housing-First-Projekt durchbricht den Kreislauf aus Wohnungslosigkeit und Suchterkrankung. Mit einem Schnittstellen-Projekt unterstützt das Land Menschen beim Übergang von stationären Einrichtungen in den eigenen Wohnraum.

In diesem Jahr will das Land eine landesweite Strategie zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit erarbeiten, mit der bestehende Projekte gebündelt und eine gezielte Betrachtung hochbelasteter Sozialräume wie das Bahnhofsviertel ermöglicht werden.

7. Soziale und integrationspolitische Quartiersarbeit

Die Landesregierung hat die Quartiersarbeit im Umfeld des Bahnhofsviertels seit der Vorstellung des Sieben-Punkte-Plans konsequent gestärkt. Ein neues Projekt der mobilen Quartiersarbeit schafft niedrigschwellige Begegnungsangebote für sozial isolierte Menschen und wertet das Viertel als Lebensraum auf. Zusätzlich fördert das Land eine neue Ausgabestelle der Tafel im Bahnhofsviertel, die akute Notlagen Betroffener lindert.